



# Protokoll der 26. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:

3. März 2022

Ort:

Bundesamt für Justiz, Bern

Zeit:

10.00 bis 13.30 Uhr

Aktenzeichen: 924-3720/1/2

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
<b>Mitglieder</b>	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mit- glied Ausschuss Soforthilfe
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Im- menhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsiden- tin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
<b>Entschuldigt:</b>	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergut- machunginitiative, Betroffener
	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM, Stv. Kommissionssekretär
<b>Protokoll:</b>	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Stv. Leiterin Fachbereich FSZM, Kommissionssekretärin



## 1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigen mussten sich: Guido Fluri und Elisabeth Aeschlimann. Beide haben jedoch vorab ihre Stellungnahmen zu den Fällen (vgl. Ziff. 2) schriftlich eingereicht, was verdankt wird.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 23. November 2021 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Zum Traktandum Mitteilungen führt der Präsident zunächst aus, dass am 14. März 2022 in Lausanne bzw. am 22. März 2022 jeweils eine Dialogveranstaltung des NFP 76 stattfinden wird. Die Mitglieder der beratenden Kommission seien dazu herzlich eingeladen. Nebst dem Präsidenten und Urs Allemann-Cafilisch, die sich bereits angemeldet haben, sind auch mehrere andere Kommissionsmitglieder an einer Teilnahme interessiert. Der Fachbereich wird ihnen die nötigen Informationen im Anschluss an diese Sitzung zukommen lassen.

Der Präsident informiert, dass die deutsche Aufarbeitungskommission, welche sich der Aufarbeitung von sexuellen Übergriffen in Heimen und Schulen widmet, eine gesetzliche Regelung zur Verbesserung des Archivzugangs anstrebt. Er sei von dieser Kommission für ein Referat zur Archivregelung in der Schweiz angefragt worden. Die Veranstaltung finde am 30. Juni 2022 in Berlin statt. Er habe vorgeschlagen, auch Barbara Studer als Präsidentin der ADK und Expertin in Archivfragen einzuladen.

Reto Brand informiert darüber, dass die Webseite der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) administrative Versorgungsstörungen anfangs Jahr vorübergehend ausser Betrieb gewesen sei. Ursache sei ein administratives Problem bei der Finanzierung gewesen, welches aber rasch gelöst werden konnte.

Im Weiteren weist Reto Brand auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. Januar 2022 hin.<sup>1</sup> In diesem Fall sei die Familie des Gesuchstellers im Jahr 1982 von Italien ausgewiesen und der Gesuchsteller anschliessend in der Schweiz in einem Heim platziert worden. Der Beschwerdeführer machte in diesem Zusammenhang geltend, dass davon ausgegangen werden müsse, dass die Platzierung von den Schweizer Behörden bereits vor 1981 (d.h. vor dem 31. Dezember 1980) angeordnet worden sei, was vom BJ nicht ausreichend abgeklärt worden sei. Unter dieser Annahme wären nämlich seine schlimmen Erlebnisse im Heim in Anwendung von Art. 1 Abs. 2 AFZFG bei der Prüfung des Anspruchs auf den Solidaritätsbeitrag zu berücksichtigen gewesen.<sup>2</sup> Das Bundesverwaltungsgericht wies die Beschwerde jedoch mit der Begründung ab, dass das BJ den Sachverhalt mit einer zusätzlichen Aktensuche im Archiv des betreffenden Kantons ausreichend abgeklärt habe und vorliegend keine konkreten Hinweise darauf vorliegen würden, dass die Heimplatzierung von einer Schweizer Behörden vor dem 31. Dezember 1980 hätte veranlasst worden sein können. Da kein Anwendungsfall von Art. 1 Abs. 2 AFZFG vorliege, liege der geltend gemachte Sachverhalt ausserhalb des zeitlichen Geltungsbereichs des AFZFG.

Reto Brand erwähnt ein Schreiben des Regierungsrates des Kantons Thurgau an den Bundesrat. Darin sei um eine rasche, umfassende und schweizweite Aufarbeitung der Medikamentenversuche gebeten worden, entweder durch eine Anpassung der Bestimmungen im AFZFG (namentlich Ausweitung des Geltungsbereiches auch auf Medikamentenversuche,

---

<sup>1</sup> Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-2676/2021 vom 31. Januar 2022 (siehe [www.bvger.ch](http://www.bvger.ch) > Entscheidungsdatenbank > Suchbegriff B-2676/2021).

<sup>2</sup> Gemäss Art. 1 Abs. 2 AFZFG gilt das Gesetz auch für Personen, die von Massnahmen betroffen waren, die vor 1981 veranlasst, aber erst danach vollzogen worden sind.

welche nicht im Rahmen einer fürsorglichen Zwangsmassnahme oder einer Fremdplatzierung erfolgt seien) oder durch die Schaffung einer anderen gesetzlichen Grundlage. Damit habe der Kanton Thurgau ein Anliegen aufgenommen, welches bereits im Rahmen des Postulats 21.3328 von Nationalrätin Gabriela Suter thematisiert worden sei. Dazu habe der Bundesrat bereits Stellung genommen, in den Räten sei dieser Vorstoss aber noch nicht behandelt worden.<sup>3</sup>

Im Weiteren erwähnt Reto Brand, dass das Schweizer Fernsehen SRF offenbar eine kleine Dokumentation zu Zwangsadoptionen plane. In diesem Zusammenhang sei der Fachbereich FSZM um die Herausgabe von Adressen von Betroffenen gebeten worden. Adressen von Personen, die ein Gesuch für den Solidaritätsbeitrag gestellt hatten, würden jedoch grundsätzlich nie herausgegeben. Denkbar sei allenfalls, dass der Fachbereich Personen, die von einer Zwangsadoption betroffen waren, kontaktieren und sie über die geplante Dokumentation informieren würde. Falls dann diese Personen Interesse hätten, gegenüber SRF Auskunft über ihre Erlebnisse zu geben, könnten sie sich direkt bei der zuständigen Person von SRF melden. Im Moment seien aber noch keine Schritte in dieser Richtung erfolgt. Urs Allemann-Cafilisch weist darauf hin, dass das Erzählbistro in dieser Angelegenheit ebenfalls von SRF kontaktiert worden sei; es würden aber ebenfalls keine Adressen herausgegeben. Teresia Rohr informiert, dass sie der Journalistin von SRF ein Interview gegeben habe; Namen von anderen möglichen Personen würde sie aber ebenfalls nie herausgegeben. Gemäss Barbara Studer habe auch das Staatsarchiv eine Anfrage erhalten habe; sowohl die Herausgabe von Kontaktdaten als auch die Einsicht in archivierte Adoptionsakten sei verweigert worden.

Reto Brand weist zudem auf Recherchen des Schweizerischen Beobachters im Zusammenhang mit einem verschwundenen Sparheft eines Opfers hin. Gegenüber der betroffenen Person hatte der Fachbereich bereits zuvor auf die Verjährungs- und Beweisproblematik hingewiesen, wenn diesbezügliche Ansprüche gegenüber dem (heute) zuständigen Gemeinwesen geltend gemacht werden. Bisher ist offengeblieben, ob die Thematik vom Beobachter weiterverfolgt werde oder nicht.

## 2 Diskussion von Einzelfalldossiers

### 2.1 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

2.1.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste November 2021 total 46 Fälle, mit der Monatsliste Dezember 2021 total 25 Fälle und mit der Monatsliste Januar 2022 total 38 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

In Bezug auf die *Monatsliste November 2021* seien seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände eingegangen.

Der Präsident habe in alle 25 Fälle der *Monatsliste Dezember 2021* Einsicht genommen:

- Bei 6 Fällen sei der Präsident mit der Gutheissung der Gesuche zwar grundsätzlich einverstanden gewesen, denn es habe insgesamt genügend Elemente zur Begründung der Opfereigenschaft gegeben. Trotzdem habe er bei einzelnen Punkten in der Begründung insbesondere folgende Anpassungen gewünscht:  
Misshandlungen oder sexuelle Missbräuche im familiären Umfeld würden grundsätzlich

---

<sup>3</sup> Vgl. Postulat 21.3328 von Nationalrätin Gabriela Suter vom 18. März 2021 "Medikamentenversuche an Menschen in der Schweiz umfassend aufarbeiten": <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20213328>

nicht in den Anwendungsbereich des AFZFG fallen, ausser es seien Behörden involviert gewesen und diese hätten davon gewusst (oder zumindest davon wissen müssen), aber darauf nicht angemessen gehandelt. Denkbar seien z.B. Fälle, in denen eine Rückplatzierung zu den Eltern erfolgt sei, obwohl es konkrete Hinweise auf eine nach wie vor problematische Familiensituation gegeben habe. Das Versagen der Behörden müsse in solchen Fällen im Fallblatt entsprechend begründet werden, nur ein Hinweis auf die Misshandlungen oder sexuellen Missbräuche im familiären Umfeld genüge nicht.

Das Leiden unter der Trennung von den Eltern sowie die seelische Not und Vereinsamung sei für sich allein genommen noch nicht genügend, um die Opfereigenschaft zu begründen, wenn das Elternhaus Anlass zur Fremdplatzierung gegeben habe. In solchen Fällen müsse das Fallblatt entsprechend angepasst werden.

Auch wenn ein Kind schulisch nicht genügend gefördert worden sei, bedeute dies nicht automatisch, dass es schon *gezielt* (im Sinne des Gesetzeswortlautes im AFZFG) in seiner persönlichen Entwicklung und Entfaltung *behindert* worden sei. Nur wenn genügend Anhaltspunkte für eine solch gezielte (aktive) Behinderung vorhanden seien, dürfe diese als Begründung für die Opfereigenschaft herangezogen werden. Im geprüften Fall seien dafür nicht genügend Anhaltspunkte vorhanden, weshalb auch hier das Fallblatt entsprechend angepasst werden sollte.

Die entsprechenden Fallblätter seien vom Fachbereich in der Zwischenzeit in diesem Sinn bereits angepasst und die Verfügungen verschickt worden.

- Bei 1 Fall habe der Präsident zudem gewünscht, dass in Bezug auf die geltend gemachte Beeinträchtigung noch Zusatzabklärungen gemacht würden, weil er die diesbezüglichen Angaben als zu wenig konkret erachtet habe. Dies sei vom Fachbereich veranlasst worden, das Endergebnis stehe aber noch aus.
- Bei 3 Fällen habe er eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Dies bedeute nicht zwingend, dass er mit dem vorgesehenen Entscheid des Fachbereichs nicht einverstanden sei und er wolle mit seiner Einschätzung die Diskussion in der beratenden Kommission auch nicht beeinflussen. Durch die Diskussion von Fällen in der beratenden Kommission sollen aber die Praxis bzw. Entscheide des Fachbereichs (noch) besser „ge-eicht“ bzw. legitimiert werden. Nach eingehender Diskussion wird empfohlen, in einem Fall das Gesuch gutzuheissen (wenn auch mit einer geänderten Begründung), in einem weiteren Fall noch Zusatzabklärungen betr. der erlittenen Beeinträchtigungen zu machen und einen dritten Fall durch den Fachbereich nochmals überprüfen bzw. die Begründung überarbeiten zu lassen.

Urs Allemann-Cafilisch und Theresia Rohr haben zudem bei der *Monatsliste Januar 2022* im Rahmen einer Stichprobe im Fachbereich 7 Fälle näher angeschaut. Diese gaben keinen Anlass zu Bemerkungen.

2.1.2 Im November und Dezember 2021 seien den Kommissionsmitgliedern im Übrigen keine Fälle unterbreitet worden, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil die Gesuche offensichtlich unbegründet waren. Im Januar 2022 sei lediglich ein solcher Fall unterbreitet worden. Seitens der Kommissionsmitglieder seien diesbezüglich innert Frist keine Einwände eingegangen.

## 2.2 Fälle aus früheren Sitzungen

Aus der letzten Kommissionssitzung gab es noch ein Gesuch, welches noch nicht abschliessend behandelt werden konnte. Auf Wunsch der beratenden Kommission hat der Fachbereich FSZM dieses Gesuch in rechtlicher Hinsicht nochmals geprüft und schlägt dessen Abweisung vor. Die beratende Kommission folgt diesem Vorschlag.

### **2.3 Neue Fälle**

Für die heutige Sitzung wurde der beratenden Kommission 7 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 4 Fällen eine Abweisung und in 3 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 3 Gesuche gutzuheissen und 4 Gesuche abzuweisen.

### **3 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)**

Reto Brand informiert, dass vom Fachbereich FSZM bis Ende 2021 ein Konzept zur Verbreitung und Nutzbarmachung (Valorisierung) der Forschungsergebnisse ausgearbeitet worden sei, wie es der gesetzliche Auftrag in Artikel 15 AFZFG vorsehe. Wichtig sei dabei, dass keine Doppelspurigkeiten entstehen zu denjenigen Aktivitäten, welche die UEK bereits durchgeführt hat bzw. welche das NFP 76 umzusetzen gedenkt. Im Konzept sind verschiedene Massnahmen vorgesehen, welche den verschiedenen Zielgruppen das Thema näherbringen sollen; neben den Forschungsergebnissen soll auch der gesamte Aufarbeitungsprozess und dessen Ergebnisse ein Thema werden. Wenn möglich soll es auch eine Webseite geben, welche das ganze Thema FSZM möglichst umfassend abbilden kann, so dass sowohl die Bevölkerung als auch die Forschung in die Lage versetzt werden, sich auch in Zukunft umfassend zum Thema informieren zu können. Nicht zuletzt soll das Thema auch Eingang in Lehrmittel finden (inkl. höhere Fachausbildungen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes). Das Konzept durchlaufe aktuell den internen Genehmigungsprozess.

### **4 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)**

Yves Strub informiert über das Selbsthilfeprojekt "Caregivers - Betroffene für Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen" der Pro Senectute und der Guido Fluri Stiftung<sup>4</sup>: Ende Januar 2022 hätten die ersten Caregivers ihre Ausbildung abgeschlossen und würden nun ihre Arbeit in den Alters- und Pflegeheimen aufnehmen. Es gehe dabei primär um die Sensibilisierung dieser Institutionen für die Bedürfnisse von Personen, welche von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffen gewesen seien. Das Projekt sei vorerst auf Bern ausgerichtet, eine Ausdehnung in die Westschweiz und den Raum Zürich sei aber bereits geplant. Der Präsident würdigt dieses Projekt als ausserordentlich nützlich und sinnvoll, weil es auch gegenwarts- und zukunftsorientiert sei. Damit sei ein wichtiger Ansprechpartner für die Behörden entstanden. Urs Allemann-Caflisch ergänzt, dass viele Caregivers mit Hilfe des Erzählbistros hätten rekrutiert werden können.

Urs Allemann-Caflisch weist im Weiteren darauf hin, dass das Erzählbistro die Pandemiezeit mit virtuellen Angeboten gut überstanden habe. Es gebe Angebote für die Erstellung einer Portraitsammlung und für biographisches Schreiben. Zudem würden Betroffene Besuche in Schulen machen. Theresia Rohr erzählt daraufhin von ihrem Besuch in zwei Klassen in Kriegstetten, wo sie 1 1/2 Stunden über ihre Erlebnisse berichtet habe. Die Kinder seien sehr aufmerksam gewesen und hätten gute Fragen gestellt. Sie habe im Anschluss daran von den Kindern Karten bekommen, in denen sie beschrieben hätten, was ihr Besuch bei ihnen ausgelöst habe. Für beide Seiten sei dies eine sehr wertschätzende Erfahrung gewesen.

Urs Allemann-Caflisch erwähnt zudem, dass die Guido Fluri Stiftung hoffe, dass dieses Jahr wieder ein Sommerfest durchgeführt werden könne.

---

<sup>4</sup> Siehe auch [www.caregivers.ch](http://www.caregivers.ch)

Yves Strub erwähnt abschliessend, dass zwei neue Gesuche für kleinere Selbsthilfeprojekte eingegangen seien, die nun geprüft würden.

## **5 Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 17. Mai 2022, voraussichtlich von 10 bis 14 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart bzw. -ort werde kurzfristig entschieden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 13.30 Uhr geschlossen.



# Procès-verbal de la 26<sup>e</sup> réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date : 3 mars 2022  
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne  
Heure : de 10h à 13h30

N° de dossier : 920.4-509/9

<b>Présidence :</b>	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
<b>Membres :</b>	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
<b>Excusés :</b>	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA, secrétaire de commission suppléant
<b>Procès-verbal :</b>	Simone Anrig	OFJ / chef suppléante de l'unité MCFA, secrétaire de commission suppléante



## 1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Il précise que Guido Fluri et Elsbeth Aeschlimann sont excusés, mais qu'ils lui ont fait parvenir leurs avis sur les cas par écrit (voir le ch. 2), ce dont il les remercie.

Le procès-verbal de la précédente réunion en date du 23 novembre 2021 a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la présente réunion ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Au titre des communications, le président indique que le PNR 76 organisera deux conférences-débats respectivement le 14 mars 2022 à Lausanne et le 22 mars 2022 à Zurich. Les membres de la commission consultative y sont chaleureusement invités. Outre le président et Urs Allemann-Cafilisch, déjà inscrits, plusieurs autres membres de la commission sont intéressés par une participation. L'unité MCFA leur fera parvenir les informations nécessaires à l'issue de la réunion.

Le président informe les membres que la commission allemande chargée de faire la lumière sur les atteintes sexuelles commises dans les foyers et les écoles entend élaborer une réglementation visant à améliorer l'accès aux archives. Ladite commission l'a invité à faire un exposé sur la réglementation en vigueur en Suisse, le 30 juin 2022 à Berlin. Il a suggéré à cette commission d'inviter également Barbara Studer, présidente de la CDA et experte en archivage.

Reto Brand annonce que le site Web de la commission indépendante d'experts (CIE) internements administratifs a été provisoirement hors service en début d'année. La raison en est un problème administratif lié au financement, qui a rapidement pu être résolu.

Reto Brand évoque un arrêt du Tribunal administratif fédéral du 31 janvier 2022<sup>1</sup>. Dans le cas visé, la famille du requérant a été expulsée d'Italie en 1982, suite à quoi celui-ci a été placé dans un foyer en Suisse. Le requérant a relevé que le placement devait avoir été ordonné par les autorités suisses avant 1981 (c'est-à-dire avant le 31 décembre 1980) et que l'OFJ n'avait pas suffisamment clarifié ce point. Or, selon cette hypothèse, l'OFJ aurait dû, lors de l'examen de son droit à une contribution de solidarité, en application de l'art. 1, al. 2, LMCFA, tenir compte des mauvaises expériences que le requérant a vécues en foyer<sup>2</sup>. Le Tribunal administratif fédéral a cependant rejeté le recours au motif que l'OFJ a suffisamment vérifié les faits, qu'il a même fait des recherches complémentaires dans les archives du canton concerné et qu'il n'a pas trouvé d'éléments concrets indiquant que le placement en foyer aurait pu avoir été ordonné par une autorité suisse avant le 31 décembre 1980. Dans la mesure où il ne s'agit pas d'un cas au sens de l'art. 1, al. 2, LMCFA, les faits ne relèvent pas du champ d'application temporel de la LMCFA.

Reto Brand s'arrête sur une lettre du Conseil d'État du canton de Thurgovie au Conseil fédéral, dans laquelle le gouvernement cantonal demande un traitement rapide et complet à l'échelon suisse de la question des essais médicamenteux, soit par le biais d'une extension du champ d'application de la LMCFA (pour y inclure les essais médicamenteux qui n'ont pas été réalisés dans le contexte d'une mesure de coercition à des fins d'assistance ou d'un placement extrafamilial), soit au moyen de l'élaboration d'une nouvelle base légale. Le canton de Thurgovie a signalé s'emparer de la demande formulée dans le postulat 21.3328 par la

---

<sup>1</sup> Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-2676/2021 du 31 janvier 2022 (voir <https://www.bvger.ch/bvger/fr/home.html> > Base de données des arrêts du TAF > Texte de recherche : B-2676/2021).

<sup>2</sup> Conformément à l'art. 1, al. 2, LMCFA, la loi s'applique également aux personnes touchées par des mesures qui, bien qu'ordonnées avant 1981, n'ont été exécutées qu'ultérieurement.



députée au Conseil national Gabriela Suter. Le Conseil fédéral s'est déjà prononcé sur le postulat, mais les Chambres n'ont pas encore traité l'objet<sup>3</sup>.

Reto Brand relève que la télévision suisse alémanique (SRF) projette un petit documentaire sur les adoptions forcées. Elle a demandé à l'unité MCFA de lui fournir des adresses de personnes concernées. Or l'unité ne fournit jamais les adresses des personnes qui ont présenté une demande de contribution de solidarité. Il serait envisageable que l'unité prenne contact avec les personnes concernées par une adoption forcée et les informe du documentaire prévu. Si elles souhaitent relater leur expérience, elles pourraient s'adresser directement à la personne compétente chez SRF. L'unité n'a pour l'instant entrepris aucune démarche de ce type. Urs Allemann-Cafilisch indique que le Bistrot d'échange a également été contacté par SRF, mais que celui-ci n'a pas davantage fourni d'adresses. Teresia Rohr relate qu'elle s'est entretenue avec la journaliste de SRF, mais qu'elle non plus ne donne jamais les coordonnées d'autres personnes. Barbara Studer note que les archives cantonales bernoises ont également reçu une demande et qu'elles ont refusé tant de fournir les coordonnées de personnes concernées que de donner accès aux dossiers d'adoption archivés.

Reto Brand parle, enfin, de recherches du Beobachter relatives à la disparition du livret d'épargne d'une victime. L'unité a déjà rendu la personne concernée attentive aux problèmes de prescription et de preuves qui se font jour lorsque l'on veut faire valoir ce genre de prétentions auprès de la collectivité publique désormais compétente. On ne sait pas à l'heure actuelle si le Beobachter poursuivra son enquête.

## 2 Discussion des dossiers individuels

### 2.1 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

2.1.1 Le président constate que les listes mensuelles de novembre 2021, décembre 2021 et janvier 2022 comportaient respectivement 46, 25 et 38 demandes que l'unité MCFA envisageait d'approuver.

Dans le délai imparti, les membres de la commission n'ont émis aucune objection s'agissant des cas figurant sur la *liste de novembre 2021*.

Le président déclare avoir étudié chacun des 25 cas de la *liste de décembre 2021*.

- Dans six cas, il annonce être d'accord sur le fond pour qu'on approuve les demandes, dans la mesure où suffisamment d'éléments fondent la qualité de victime. Il souhaite néanmoins qu'on adapte certains points des motifs. Les mauvais traitements et les abus sexuels commis dans le cadre familial ne relèvent pas du champ d'application de la LMCFA, sauf si des autorités étaient impliquées, qu'elles étaient au courant (ou auraient dû l'être) et qu'elles n'ont pas réagi de manière appropriée. On peut penser à des cas où les autorités ont ordonné la réintégration d'un enfant chez ses parents alors qu'il y avait des indices concrets portant à croire que la situation familiale était problématique. Le descriptif du cas doit alors étayer le fait que les autorités ont failli. Il ne suffit pas d'indiquer que des mauvais traitements ou des abus sexuels ont été commis dans le cadre familial. Qu'un enfant ait pâti de la séparation de ses parents, qu'il se soit trouvé dans un état de détresse psychologique et qu'il ait souffert de la solitude ne suffit pas à fonder la qualité de victime si les conditions de vie dans le cadre familial sont à l'origine du placement. Dans pareille situation, il s'impose d'adapter le descriptif du cas.

---

<sup>3</sup> Voir le postulat 21.3328 Gabriela Suter du 18 mars 2021 « Essais de médicaments sur des personnes en Suisse. Examen historique complet » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20213328>

Qu'on n'ait pas suffisamment donné ses chances à un enfant à l'école ne signifie pas automatiquement qu'il a subi des *entraves ciblées* au développement et à l'épanouissement personnel (au sens de la LMCFA). Il faut, pour fonder la qualité de victime, être en présence d'un nombre suffisant d'éléments indiquant que le requérant a été empêché (activement) et de manière ciblée de se développer et de s'épanouir. Les éléments en ce sens étaient insuffisants dans le cas examiné. Le descriptif du cas mérite donc là aussi d'être adapté.

L'unité MCFA a dans l'intervalle modifié les descriptifs de cas et envoyé les décisions correspondantes.

- Dans un cas, le président, trouvant que les indications données étaient trop peu concrètes, a souhaité des éclaircissements supplémentaires en rapport avec les entraves dont le requérant a déclaré avoir fait l'objet. L'unité MCFA a demandé des précisions, mais attend encore le résultat de ces investigations.
- Dans trois cas, le président a souhaité une discussion à l'occasion de la réunion du jour. Cela ne signifie pas forcément qu'il n'est pas d'accord avec la décision projetée, ni qu'il veuille par son appréciation influencer les débats au sein de la commission consultative. La discussion doit selon lui permettre de légitimer (encore) davantage la pratique et les décisions de l'unité MCFA. Après discussion, la commission recommande à l'unité MCFA dans un premier cas d'approuver la demande (en modifiant les motifs), dans un deuxième de procéder à des éclaircissements complémentaires s'agissant des entraves subies et dans un troisième de réexaminer les faits et d'adapter les motifs.

Urs Allemann-Cafilisch et Theresia Rohr ont sélectionné au hasard sept cas de la *liste de janvier 2022*. Après examen approfondi, ces cas ne donnent lieu à aucune remarque.

2.1.2 En novembre et en décembre 2021, l'unité MCFA n'a soumis aucun cas aux membres de la commission dans lequel elle projetait de rejeter une demande manifestement immotivée. En janvier 2022, la liste ne contenait qu'un seul cas de ce type. Les membres de la commission n'ont rien objecté à la décision prévue dans les délais qui leur étaient impartis.

## **2.2 Cas abordés lors de précédentes réunions**

La commission n'a pas pu finir de traiter une demande lors de la réunion précédente. À sa demande, l'unité MCFA en a réexaminé les aspects juridiques. Elle propose son rejet, ce en quoi la commission la suit.

## **2.3 Nouveaux cas**

L'unité MCFA a soumis sept nouveaux cas à la commission pour la séance de ce jour, proposant d'en rejeter quatre et de mener une discussion s'agissant des trois autres (cas limites). Après discussion approfondie de chaque cas, la commission recommande d'accepter trois demandes et d'en rejeter quatre.

## **3 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)**

Reto Brand informe les membres de la commission que l'unité MCFA a mis au point fin 2021 un concept de diffusion et d'utilisation (valorisation) des résultats de la recherche, comme le prévoit l'art. 15 LMCFA. Il importe qu'il n'y ait pas en la matière de recoupements avec les activités déjà menées par la CIE, ni avec celles que le PNR 76 envisage d'accomplir. Le concept prévoit plusieurs types de mesures dont le but est de faire connaître la thématique des MCFA aux divers groupes de destinataires. Outre les résultats de la recherche, il porte aussi sur l'ensemble du travail de mémoire effectué et sur les réalisations qui y sont liées. Dans la mesure du possible, un site Web retracera la thématique de manière exhaustive,

afin que la population et les chercheurs puissent continuer de s'informer à l'avenir. La thématique fera son entrée dans les ouvrages scolaires (y compris dans le matériel de formation aux métiers de la protection de l'enfant et de l'adulte). Le concept est en cours d'approbation à l'interne.

#### **4 Projets d'entraide (situation actuelle)**

Yves Strub informe l'assemblée à propos du projet d'entraide « Caregivers - Betroffene für Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen » mis sur pied par Pro Senectute et la Fondation Guido Fluri<sup>4</sup>. Les premiers caregivers (aidants) ont terminé leur formation fin janvier 2022 et prendront leurs fonctions dans des EMS. Leur tâche consiste principalement à sensibiliser ces institutions aux besoins des victimes de MCFA. Il est prévu que le projet, dimensionné pour Berne, s'étende à terme à la Suisse romande et à la région zurichoise. Le président le qualifie d'extrêmement utile, du fait qu'il s'inscrit dans le présent et qu'il s'oriente vers l'avenir. Les caregivers seront des interlocuteurs majeurs des autorités. Urs Allemann-Cafilisch ajoute que nombre d'entre eux ont pu être recrutés par le biais du Bistrot d'échange.

Il raconte par ailleurs que le Bistrot d'échange a bien survécu à la pandémie grâce à des offres en ligne. Le bistrot propose l'établissement d'une galerie de portraits et la rédaction de lettres à contenu biographique. Urs Allemann-Cafilisch relate que les personnes concernées font aussi des visites dans les écoles. Theresia Rohr rapporte sa visite dans deux classes de Kriegstetten, auxquelles elle a exposé son expérience de vie pendant une heure et demie. Elle a trouvé que les enfants étaient très attentifs et posaient de bonnes questions. À l'issue de la présentation, elle a reçu des enfants des cartes sur lesquelles ils ont décrit les émotions que son récit avait suscitées en eux. L'échange s'est avéré fort respectueux.

Urs Allemann-Cafilisch évoque l'espoir que la Fondation Guido Fluri puisse à nouveau organiser cette année une fête estivale.

Pour conclure, Yves Strub annonce que l'unité MCFA a reçu deux nouvelles demandes concernant de petits projets d'entraide ; elles sont actuellement à l'étude.

#### **5 Varia**

La prochaine réunion de la commission consultative aura lieu le 17 mai 2022 de 10h à 14h. Les membres seront informés peu de temps auparavant des modalités de sa tenue (en présentiel ou non), et le cas échéant du lieu.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive à la réunion de ce jour.

La réunion est levée à 13h30.

---

<sup>4</sup> Voir [www.caregivers.ch](http://www.caregivers.ch).